

erhöbe sich — vom linken Flügel abgesehen, der in solchen Dingen nun einmal nicht mitfühlen kann und darf, — der ganze Reichstag. Beinahe wie beim Wehrbeitrag. Damals eine Milliarde, heute nur 4000 A. Und doch wiederum ein aus dem Herzen kommendes Bravo der Mehrheit.

Das ist nun also „dieser“ Reichstag! Diese jezt bei Buhl und Schumann, wo man so ausfallend wenig von Landwirtschaft hörte, so tapfer geschmähte Versammlung von „Demokraten“, die weiter nichts können, als die „Kommandogewalt“ ihres Kaisers schmälern und arme, unterdrückte Bundesstaaten — wie z. B. Preußen, dessen Monarch die Kaiserkrone trägt — ihrer Selbständigkeit berauben! In einer der beiden Fiktionsvorstellungen bestand das Hauptstück in dem Auftreten des Herrn v. Oldenburg, der mit wenig Witz und viel Behagen einer anpruchsvollen Menge einige Späße zum besten gab. Worunter sich übrigens, wie glaubhaft versichert wird, eigentliche „Schläger“ nicht befanden. Wenn man den Berichten der Bundesblätter folgen darf, hat der Januhauer unter anderem gesagt, Pflicht des Reichstanzlers sei es, sich einen anderen Reichstag zu „besorgen“. Die Gegenfrage drängt sich auf: etwa einen Reichstag, der nationale Forderungen, wie Heeresvermehrung und Olympiabeteiligung ablehnt?

Man braucht solche Frage nur aufzuwerfen, um an einem Beispiele die ganze Hohlheit der Schlagworte aufzudecken, mit denen jezt von gewissen Seiten, im Jirtus und anderswo, gegen die Anhänger einer abweichenden Staatsauffassung gearbeitet wird. Man sieht: Haß macht blind.

Immerhin verkenne man nicht, daß solche Schlagworte dem Liberalismus gefährlich werden können. Zwar haben Lügen kurze Beine. Aber auch eine Wahlbewegung ist kurz. Darum sei keine Gelegenheit zur Aufklärung verjährt, und vor allem halte man das Pulver trocken.

Der Herzog von Braunschweig und die Welfen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt: In Hensen im Kreise Hoya ist der Verwalter des Hofes einer der eifrigsten Kämpfer des Welfentums. Auf dem von ihm verwalteten Hofe fanden bisher regelmäßig Welfenversammlungen statt. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist aus dem Hofe eine regelmäßige Seite mitgeteilt, die Eigentümer des Hofes der regierende Herzog von Braunschweig. Erregte im Kreise Hoya der herzogliche Hof als Zentrum der Welfenbewegung bisher schon berechtigtes Aufsehen, so dürfte man doch annehmen, daß es damit nach der Abgabe des Herzogs an die Welfenagitation, von der der Reichstanzler im vorigen Monat im preussischen Abgeordnetenhaus Mitteilung machte, kein Ende haben würde. Das ist nun aber durchaus nicht der Fall. Öffentlichen Bekanntmachungen zufolge hat auf dem Hofe am vergangenen Sonntag wiederum eine welfische Versammlung stattgefunden. Auf die Hinweise auf die Abgabe des Herzogs soll der Verwalter des Hofes erwidert haben, er habe noch keine Instruktion erhalten, die ihm die Abhaltung welfischer Versammlungen auf dem Hofe verbiete. Sollte der Landbesitzer von unserem Gewährsmann richtig wiedergegeben sein, so müßten wir diesem einen Anlaß haben, in dürfen wir wohl hoffen, daß die entsprechende Instruktion so bald wie möglich nachgeholt wird.

Die Novelle zur Befoldungsordnung der Reichsbeamten

Jezt steht dem Bundesrat zur Beschlußfassung zu, nachdem die preussische Staatsministerien auf dem Beschlusse sind. Es ist daher mit ihrer Einbringung in das Parlament in nicht ferner Zeit zu rechnen. Hinsichtlich der Aufbesserung der Beamtenklassen stimmen die Vorschläge überein mit der in Preußen vorgehenden Aufbesserung, so daß also auch die Unterbeamtenklassen, die von der am 1. Oktober 1913 erfolgten Bezugsanhebung der Postkassenbeamten betroffen werden, eine Aufbesserung erfahren sollen. Es wird sich demnach um die Befoldungsklassen 1 bis 4b handeln. (Der Klasse 5

gehören die Postkassenbeamten an.) Zu den Beamten der Klassen 1 bis 4b gehören u. a. auch die Bandbriefträger, ferner Unterbeamte der Reichseisenbahnen, Kasernenwärter, Krankenwärter bei Lazaretten, Kangleidener und Pförtner beim Kadettenkorps. Weiter ist eine Bezugsanhebung der Besoldungsklasse 2i vorgehen, was eine Folge der Bezugsanhebung der Klassen 1 bis 4b ist, die gleichfalls zu dem genannten Termin eine Gehaltsanhebung erfahren haben. Der Klasse 2i gehören u. a. an die Bureaubeamten 2. Klasse sowie die Lagerverwalter und Bauarbeiter der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Ferner die Werkstätten-, Werkbuchführer, Lorgebetriebsmeister, Minentechneiter, die Militärgerichtschreibergehilfen usw. Die Klasse bezieht jezt ein Gehalt von 1800 bis 3300 Mark. Da eine Aufbesserung der Klassen 1 bis 3600 Mark erfolgt ist, wird man annehmen können, daß eine entsprechende Erhöhung dieser Klasse gleichfalls vorgehen ist. Außerdem wird in der Novelle eine Erhöhung der Befolge der Deklassifizierung gefordert. Die Aufbesserung anderer Beamtenklassen als die genannten ist nicht vorgesehen.

Die Novelle zur preussischen Befoldungsordnung ist im Staatsministerium gleichfalls durchgearbeitet worden und dürfte daher demnächst dem Landtage zugehen. Sie sieht die Heraufhebung der Beamtenklassen 1 bis 5 der Befoldungsordnung vor. Weiter ist dann eine Aufbesserung der Beamtenklassen 1 bis 5 der Befoldungsordnung vorgesehen, und gleichzeitig sollen auch die Klassen 14 sowie teilweise 15 und 16, soweit sie mittelbar von der Aufbesserung betroffen werden, eine Erhöhung ihrer Befolge erfahren. Die preussische Klassenklasse 1 bis 3600 Mark, während die Reichsbeamten, soweit sie aufbessert sind, jezt 1800 bis 3600 Mark beziehen. Die aufbesserten Unterklassen der Reichsbeamten befinden sich in der Höhe der Gehaltsbezüge nur bei Klasse 1 mit denen Preußens. Beide Unterklassen beziehen 1100 bis 1300 Mark Gehalt, während bei den übrigen das Endgehalt im Reiche um 100 Mark geringer bemessen ist als in Preußen.

Deutsches Reich.

Die sogenannte Zehrentkommission trat heute, am Mittwoch, zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Reichstanzler hatte einen Vertreter entsandt. Auf Antrag eines Zentrumsmittgliebes stellte der Regierungsvorsitzende in Aussicht, daß das Material über die geltenden Bundesgesetze vorgelegt werden würde.

Die nationale liberale Abgeordnete Bassermann und Schiffer haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: „Unter Bezugnahme auf Mitteilungen französischer Blätter über den angeblich schlechten Gesundheitszustand im deutschen Heere fragen wir an, ob der Herr Reichstanzler bereit ist, über den Krankheitszustand des Heeres Mitteilungen zu machen?“

Der Streit um die Kabinettsverordnung von 1820. Wie die „Berl. N. Nachr.“ schreiben, ist das Gutachten des preussischen Justizministers über die Rechtsgültigkeit der Kabinettsverordnung von 1820 beim Reichsamt des Innern eingegangen. Die Vorläufe des Justizministers sollen „in der Annahme berechtigen, daß die Angelegenheit in kurzem eine alle verbündeten Regierungen betreffende Lösung finden werde“.

Wegfall in der Leitung des deutschen Kriegesvereinens. In der Leitung des Preussischen Landes-Kriegesverbandes, des Deutschen Kriegesverbandes und des Katholiken-Bundes der deutschen Landes-Kriegesverbände ist jezt der von uns bereits angekündigte Wegfall eingetreten. Statt des Generalsekretärs von Lindemann, Generaladjutanten des Kaisers, der in einer außerordentlichen Sitzung des Bundesvorstandes am 21. Januar aus Gesundheitsrücksichten die Präsidentenwahl niedergelegt hat, ist der General der Infanterie v. Bloch zum Präsidenten gewählt und vom Kaiser in einer Kabinettsverordnung vom 9. Februar bestätigt worden.

Keine Begnadigung des Zehrent Rekruten. Als am 24. Januar der Rekrut, der jeztzeitig wegen unbefugter Bekanntgabe dienstlicher Mit-

teilungen an die Presse zum Unterschreiben von bekannten Mitteilungen an Offiziere mit 48 Tagen Militärstrafe bestraft worden war, vor Ablauf seiner Strafe aus der Haft entlassen wurde, wurde gemeldet, daß er begnadigt worden sei. Jezt stellt sich heraus, daß er lediglich wegen seines Gesundheitszustandes die Arreststrafe unterbrechen durfte. Ein am 7. Januar von seinem Vater eingereichtes Gnadenersuchen war nicht berücksichtigt worden. Der Rekrut muß den Rest der Strafe abbüßen.

Vertagung der Militär- und Eisenbahnbeförden. An der Beratung der deutschen Militär- und Eisenbahnbeförden, die am Montag in Frankfurt a. M. im Bürgerpalee des Rathauses stattfand, nahmen außer Vertretern des Großen Generalstabes, der Generalkommandos aller Armeekorps und des Admiralstabes auch Vertreter des Reichsbahnamts sowie des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten teil.

Der Segen des „Generalpardons“. Infolge des Generalpardons bei der Einziehung zum Wehrbeitrag sind im Kreise Schwegen an Kapitalvermögen bisher über 11 Millionen Mark mehr als früher deklarieren worden. Hieron entfallen nach der „N. Fr.“ auf die Stadt Schwegen allein 502916 A. — Im Fürstentum Birkenfeld haben sich bei der Erklärung zur Wehrbeitragssteuer 19 Millionen Mark mehr ergeben, als bisher veranschlagt wurden. Auf die Städte Idar und Oberstein kommen davon 11 Millionen Mark. — Die Veranlagung zum Wehrbeitrag ergab in Duisburg insgesamt mehr als 500 Millionen Mark Vermögen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Witruwensteuer gegen das ungarische Welfentum. Ein Telegramm meldet aus Pest, 18. Februar: Die Oppositionsparteien überreichten am Dienstag dem Abgeordnetenhaus ein von 97 Abgeordneten dieser Parteien unterzeichnetes Witruwensteuer votum gegen das Welfentum, das sich über alle Rechtsgrundzüge hinwegsetze. Normale Verhältnisse im ungarischen Abgeordnetenhaus könnten nur durch die Rückkehr zu Recht und Ordnung wieder erreicht werden.

Die deutsch-böhmischen Ausgleichsverhandlungen. Aus Wien, meldet eine Drahtnachricht: Ministerpräsident Graf Stürgkh empfing am Dienstag die deutschen Abgeordneten zu einer Aussprache über das Vorgehen bei den Ausgleichsverhandlungen. Die Abgeordneten erklärten sich einverstanden mit der Bildung dreier Subkommissionen, nämlich für die Landesordnung, die Landeswahlordnung, für den Sprachgebrauch bei autonomen Behörden und für die nationale Abgrenzung. Die Abgeordneten erklärten jedoch ausdrücklich, die deutschen Vertreter hielten daran fest, daß die nationale Abgrenzung die Grundlage für alle Ausgleichsarbeit bilde und daß die Deutschen lediglich auf der Grundlage ihrer eigenen Entwürfe in Verhandlungen eintreten könnten, nicht auf der Grundlage der von der Regierung vorgelegten Entwürfe.

Frankreich.

Zur Steuerreform in Frankreich. Aus Paris wird berichtet: Die der Einkommensteuer feindlich gegenüberstehenden Blätter haben mit lebhafter Befriedigung den großen Eindruck hervor, den die gestrige Rede des Senators Ribot im Senat hervorgerufen hat. — Der „Figaro“ schreibt: Die Abkehrung des Jahresantrags vom Senat, die zu einem Ergebnis der Regierungsvorlage vorbereiten wollte, erscheint nunmehr unmöglich. Man versteht nicht, warum das Ministerium getrennt nicht die Vertrauensfrage gestellt hat. — Der „Gaulois“ meint: Das Kabinett wird aus dieser Debatte jedenfalls verringert und gewäubert hervorgehen. Was wird dann aus seiner ohnehin schon so schwachen Autorität werden? Der Sturz des Finanzministers Caillaux wird ein großes Gefühl der Erleichterung hervorgerufen. Wir fennen Geschäfte, die bereits per ultimo geschlossen wurden. — Die ministerielle „Aurore“ schreibt u. a.: Wenn es wäre ein besser, einen Teil der Steuerreform zu erzielen, als gar keine, unter der Bedingung aber, daß man den Grundloß des von der Kammer angenommenen Entwurfs nicht antastet.

Die Epidemien in den französischen Garnisonen. Drahtlich wird aus Paris, 18. Februar, gemeldet: Die Zahl der Krankheitsfälle in den französi-

schen Garnisonen ist noch ständig im Steigen begriffen, und die heute vorliegenden Nachrichten lassen erkennen, daß alle zur Bekämpfung der Seuchen ergriffenen Maßnahmen bisher erfolglos geblieben sind. Niemand seit dem Ausbruch der Epidemien haben sich an einem einzigen Tage isoliert Todesfälle ereignet wie am Dienstag. Von 193 Erkrankten, die im Garnisonshospital von Orleans liegen und sämtlich dem 131. Infanterie-Regiment angehören, sind abermals drei verstorben. In Marseille erlagen drei der Seuche, in Montpellier zwei und in Bourges einer. Vom 157. Infanterie-Regiment starben am Dienstag vier Rekruten an Genickstarre. Auch die Zahl der Neuerkrankungen ist ziemlich beträchtlich. Allein das 26. Artillerie-Regiment hat 250 Soldaten in das Militärhospital senden müssen, von denen bereits mehrere gestorben sind, während andere mit dem Tode ringen. Aus zahlreichen kleineren Garnisonen kommen gleichfalls Meldungen über neue Erkrankungen.

England.

Was dem englischen Oberhause wird gemeldet: Lord Murray of Alibant, bis August 1912 erster Einpeisiger der Liberalen Partei, der im Zusammenhang mit der Marconi-Affäre Angelegenheit genannt wurde, erklärte am Dienstag persönlich: Zurückgekehrt aus Südamerika, habe er keine neuen Tatsachen mitzuteilen. Er könne nur bestätigen, was über seinen Anteil an der Transaktion bereits bekannt sei. Seine Handlungsweise könnte allerdings eine Kritik veranlassen. Er bedauere tief, daß er diesem Gegenstande nicht mehr Aufmerksamkeit zugewandt habe, aber er sei in diesem Falle nicht aus böser Absicht, sondern nur aus irriger Beurteilung der Sache schuldig. Er gebe zu, daß die Erwerbung von Marconiaktien für den liberalen Parteifonds irrig gewesen sei. Er bedauere den Anfall ebensowohl, wie den eigenen Anfall, der schwere Verluste gebracht habe. Sein Rücktritt als Whip sei nicht im Zusammenhang mit dieser Transaktion erfolgt. Denn er habe ihn bereits im Februar 1912 aus privaten geschäftlichen Gründen erklärt. Lord Lansdowne betonte, es wäre unbillig, über die Aeußerung Lord Murrays eilig zu beschließen, und regte die Vertagung der Abstimmung an. Amphibill, der einen Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit angefügt hatte, verzog diesen Antrag auf Donnerstag, erklärte jedoch, daß er darauf bestehen werde, den Gegenstand zu verlassen.

Rußland.

Kaiserliche Anerkennung für das Finanzministerium. Ein Telegramm aus Petersburg zufolge veröffentlicht der Weweser des Finanzministeriums, daß in einem Ministerialerlaß ein Brief, den der bisherige Ministerpräsident Kowalow an ihn gerichtet hat. Dieser teilt darin mit, daß der Kaiser in der Audienz am 13. Februar ihn habe wissen lassen, daß er mit der Vertretung des Finanzministeriums nicht allein seine Dienste in der Finanzverwaltung habe beehren wollen, er habe vielmehr auch das Wohlwollen des Kaisers gegenüber dem Finanzministerium und allen seinen Beamten beehren wollen, deren Arbeit voll Selbstverleugung, Loyalität und Pflichtbewußtheit immer die Kraft dieses Ministeriums gebildet habe. Der Kaiser habe Kowalow ermächtigt, seine Worte den Beamten des Ministeriums zur Kenntnis zu bringen.

Was dem Reichsrat. Ein Telegramm aus Petersburg meldet: Auf Antrag des Grafen Olfenbueck hat der Reichsrat einstimmig als Amendement zu Artikel III des Antialkoholgesetzes die Bestimmung angenommen, daß im Bereich von Ortschaften, deren Bevölkerung das Verbot des Verkaufes geistiger Getränke befehlen haben, weder die Krone noch Privatleute Verkaufsstellen geistiger Getränke eröffnen dürfen.

Der neue französische Botschafter beim Zaren. Der Kaiser empfing, wie aus Petersburg berichtet wird, am Dienstag in Zarstoje Sielo in feierlicher Audienz den französischen Botschafter Paleologue, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

Von der interparlamentarischen Union. Aus Petersburg wird gemeldet: In einer Sitzung der

Schuhwarenhaus Universitätstr. 29
Spezialität: Schultiefel. — cr-pr. 11199. Km

Das neue Glück.

7) Roman von Eric Vie.
Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Mann.
(Kadenz Verlag.)

Ja, sie sollten sich kennen lernen. Der Gedanke, daß Ernestine sie vielleicht leiden möchte, wirkte beruhigend. Er hatte es schon lange gemerkt, und jezt war die Gelegenheit dazu da. Indem er den Kopf anzog, blieb er vor dem Goldschrank stehen. Er öffnete ein kleines Schubfach, wo einige Visitenkarten und allerlei parfümierte Briefe, mit großer englischer Aufschrift, sowie eine Photographie lagen. Es war ihr Bild — ein ovales, reines Gesicht mit großen Augen, die zugleich treuerhaftig und hinterlistig waren, eine feingearbeitete Nase und ein kleiner weicher Mund und eine schimmernde Reihe von kleinen Zähnen. Es war eine Art blonder, englischer aristokratischer Schönheitstypus, aber er war keineswegs nichtsagend: er verteilte Bestimmtheit und Intelligenzandruck. Gustav blieb stehen und suchte gleichsam ihren Blick in dem seinen zu fangen. Es war, als fühle er sie lebend vor sich und gegenwärtig: „Stefanie!“ flücherte er still und entzückt mit einer Stimme, die zitterte.

Dann legte er das Bild wieder hinein zwischen die Briefe — so vorsichtig und sorgfältig, wie ein Kind seine Puppe in die Wiege legt. Eine halbe Stunde später tauchten Rechtsanwält Beibom und Frau in dem Gewimmel in der Karl-Johann-Straße auf — er mit seinem glänzenden Zylinder und seinem wippenden, silberbeschlagenen Stod, und sie rotwangig, frisch und lachend in ihrem leichten, kokettähnlichen Astrachanmantel.

Es war eine freibillige, durchsichtige Feinstluft, so daß man alles ganz nahe sah wie im Hochgebirge. Die Musik im Studentenheim klang deutlicher als sonst, und die Klage oben auf dem Dach des Stortings hing schlapp herab. Man begrüßte sich und nickte einander zu, wäh-

rend das Publikum die Promenade in zwei breiten Strömen hinaus und hinab glitt. Es war eine förmliche Erfrischung, hinauszukommen, fand Ernestine. Gustav war heute wie ausgelacht, er rebete und plauderte und war wenig und amüßant. Es war eine wahre Freude, ihm zuzuhören. Sie hatte ihn lange nicht so gesehen. Jezt erging er sich über das charakteristische Gepräge, das über dem Leben der Jugend auf dem Karl Johann und überhaupt im ganzen über Christiania lag. Es sei nicht notwendig, nicht deutsch und nicht französisch. Richtig sind man einen so freien und natürlichen Ton zwischen jungen Damen und Herren außer in Russland, und da namentlich in den russischen Universitätsstädten. Unsere norwegische Natur sei verächtlich und befangen. Nein, russisch — das sei merkwürdigerweise der Eindruck, den das Leben unter der Jugend auf jeden Fremden machen würde. Es liege wohl etwas Verwandtes in dem Temperament — oder ob es wohl der Einfluß der russischen Literatur sei?

„Wollen wir noch einmal hinabgehen?“ Jezt lag er vor, als sie bis an die Universitätsuhr gekommen waren. „Es tut so gut, ein wenig hinauszukommen. Du hast auch in der letzten Zeit zu viel zu Hause geiffen, Ernestine.“ „Ach, weißt du, diese ganze Weihnachtszeit, Gustav. Man hat wirklich ein wenig Veränderung und Abwechslung nötig. Der Haushalt sollte wirklich anders eingerichtet werden. Im Zustand hat man mit gemeinsamen Küchen und dergleichen begonnen.“

„In Amerika,“ tief er aus, „sollen auch schon Maschinen erfunden sein, die die Kinder zur Welt bringen. Man dreht nur ein Rad herum, und stago kommen die Kinder, Anaben oder Mädchen oder Zwillinge, ganz nach Belieben.“ „Das würde freilich eine große Erleichterung sein,“ lachte Ernestine.

„Woh! möglich,“ erwiderte Gustav. „Aber ich glaube nicht, daß sich viele die Maschine anschaffen.“ „Sie werden vor Honquiss Ausstellungs-fenster stehen gebildet und betrachten ein

großes Hochgebitts-Gemälde, das die ganze Hinterwand ausfüllte.

„Wollen wir einmal hineingehen?“ fragte er. „Es waren nur wenige Menschen im Ausstellungsal, Ein mildes Tageslicht siderte von oben herein, so daß die zahlreichen Bilder ganz zu ihrem Recht kamen.“

Blötzlich grüßte Gustav. Es war eine Dame mit großen Federhut und in schwarzem Samt. Sie wandte sich halb von dem Gemälde ab, das sie eben betrachtet hatte, und nickte liebenswürdig zum Gruß. Ernestine dachte bei sich: wo hatte sie doch dies Gesicht schon früher gesehen?

Aber Gustav kam ihr zuvor, indem er schnell vorstellte: Keine Frau — Fräulein Moriz. Es lag etwas zugleich Vornehmes und Ernehmendes über der treubden Dame, das Ernestine schon beim ersten Blick für sie einnahm. Aber sie hatte dabei doch etwas Steifes und Gemeines, was den Eindruck einer augenblicklichen Unsicherheit machte. Die schwarzen Augen verhielten sich gleichsam abwartend.

„Mein Mann hat mir von Ihnen erzählt,“ begann Ernestine.

„Ja, wir haben einander hin und wieder getroffen,“ sagte Fräulein Moriz. „Ich habe Sie übrigens schon früher gesehen — ja, freilich nur auf der Straße,“ sagte sie hinzu, während sie gleichsam Ernestine mit einem schnellen, forschenden Blick sah.

„Denn nur, Fräulein Moriz glaubt, daß du eine so ersthabte Dame bist.“ Icherte Gustav neben, indem er einen leichteren Ton ansah. „Sie glaubt —“

„Nein, keineswegs!“ lachte Fräulein Moriz. „Ich fühle mich nur überhaupt noch so fremd hier in der Heimat. Wissen Sie, wenn man nicht hier aufgewachsen ist. Und dann habe ich einmal Ihren Mann gefragt, ob Sie nicht eine „feierliche“ Dame wären, mit öffentlichen Interessen und all dergleichen. Und damit nezt er mich nun immer.“ Ernestine lachte. „Nein, ich bin weder feierlich noch ernsthaft! Aber wenn man mit einem

Mann wie dem da verheiratet ist“ — sie sah schalkhaft zu Gustav hinüber — „so muß ich ja bisweilen sein, die gewissermaßen die Vernunft repräsentiert, nicht wahr?“

Jezt war das Eis gebrochen, und sie blieben eine Weile stehen und plauderten. Fräulein Moriz fühlte sich auf sicherem Boden und rebete, als hätten sie einander lange gekannt. Namentlich eroberte sie Ernestines Herz, indem sie von ihren Kindern sprach, die sie habe, und die ja so hübsch und amüßant sein sollten. „Ihr Mann hat mir so viel von Ihnen erzählt.“

„Ja, besuchen Sie uns doch einmal,“ erwiderte Ernestine gefächelt. „Aber jezt muß ich wohl wieder die Vernünftige sein.“ mußte sie fort. „Wir müssen an die Kinder und an das Mittageessen denken, Gustav. Es ist gewiß schon spät geworden.“

„Da sehen Sie selbst, wie feierlich sie ist!“ bemerkte Gustav, indem sie sich von einander verabschiedeten und gingen.

„Es ist angenehm, mit Damen zu verkehren, die in anderen und größeren Verhältnissen aufgewachsen sind, du,“ sagte Ernestine, als sie wieder auf die Straße hinausgekommen waren. „Sie bewegen sich in einer ganz anderen Sphäre. Weißt du, im allgemeinen pflegen Damen nicht so liebenswürdig gegeneinander zu sein, wie sie es gegen mich war.“

„Aber, liebe Ernestine, sie hatte doch wirklich keinen Grund, dich zu beifien,“ wari Gustav scheinbar gleichgültig hin, in Wirklichkeit aber tat ihm ihre Bewunderung wohl.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)